

Beschluss Gleichstellung und Vielfalt

Gremium: Mitgliederversammlung
Beschlussdatum: 07.03.2020
Tagesordnungspunkt: 2.14. Gleichstellung und Vielfalt

Text

1 Selbstbestimmt und frei leben – Düsseldorf divers und geschlechtergerecht

2 Anspruch grüner Politik ist es, geschlechtergerecht, kultursensibel,
3 diskriminierungsfrei und inklusiv zu sein. Wir stellen uns konsequent gegen den
4 rechtspopulistischen Rollback, der sich mit seiner antifeministischen,
5 menschenfeindlichen Politik auf der ganzen Welt ausbreitet. Nie waren die
6 Errungenschaften von Emanzipation und Dekolonialisierung so sichtbar, allerdings
7 waren sie auch nie so sehr in Gefahr.

8 In der Kommune zählt's - Religions- und Weltanschauungsfreiheit

9 In Düsseldorf ist die Zusammenarbeit zwischen der jüdischen Gemeinde, dem Kreis
10 der Düsseldorfer Muslime (KDDM) und den christlichen Gemeinden so gut wie kaum
11 anderswo. Es ist ein besonderer Verdienst der Aktiven, dass dies so gut gelingt.
12 Der interreligiöse Dialog ist wichtig, um den Zusammenhalt in der Stadt zu
13 stärken und Brücken zwischen Muslim*innen, Jüd*innen und Christ*innen zu bauen.

14 Religiöse Menschen – allen voran Jüd*innen und Muslim*innen – sind auch in
15 Düsseldorf von Beleidigungen, Angriffen und Diskriminierung betroffen. Wir
16 stellen uns dem als GRÜNE entschieden entgegen und setzen uns weiter im Stadtrat
17 dafür ein, dass Menschen in Düsseldorf ihren Glauben frei und in Sicherheit
18 ausüben können. (Verweis Gegen Rechts und Inklusion)

19 Ohne Barrieren durch Düsseldorf – Selbstbestimmung für eine inklusive
20 Gesellschaft

21 Seit 2009 ist die UN-Behindertenkonvention durch die Bundesregierung
22 ratifiziert. Sie formuliert umfangreiche Teilhabe und soziale Rechte für
23 Menschen mit Einschränkungen. Wir GRÜNE streiten für die „Verwirklichung aller
24 Menschenrechte und Grundfreiheiten für alle Menschen mit Behinderungen ohne jede
25 Diskriminierung aufgrund von Behinderung“ (UN-Behindertenrechtskonvention) und
26 setzen uns für die Umsetzung vor Ort in Düsseldorf ein. Barrierefreiheit und
27 Antidiskriminierung betreffen alle Lebensbereiche: Mobilität, Bildung und
28 Arbeit, politische Teilhabe, Wohnen und Freizeit.

29 Vielfalt der Herkunft

30 In Düsseldorf leben Menschen aus dutzenden Nationen, die unzählige
31 Muttersprachen und vielfältige kulturelle und religiöse Identitäten haben.
32 Sogenannte „Gastarbeiter*innen“ aus z.B. Italien, der Türkei, Griechenland,
33 Marokko und Spanien haben sich seit den 50er Jahren in ganz Deutschland und auch
34 in Düsseldorf ein neues Leben aufgebaut. Ihre Enkelkinder sind längst Deutsche,
35 keine Gäste mehr und Düsseldorf ist ihre Heimat. Trotzdem sind sie und andere
36 People of Colour, Frauen mit Kopftuch, Menschen mit ausländischen Familiennamen
37 oder fremdsprachigem Akzent häufig Diskriminierung ausgesetzt. Insbesondere bei
38 der Wohnungssuche, Bewerbungsgesprächen, Polizeikontrollen und sogar in der
39 Freizeit sind sie in besonderem Maße von Diskriminierung und Ausgrenzung

40 betroffen. Rassistische Beleidigungen gehören in der Altstadt zum Alltag und
 41 auch in Schule, Ausbildung, Universität oder im Job werden Menschen ausgegrenzt,
 42 benachteiligt oder sogar angegriffen. Diese Angriffe gelten einerseits den
 43 Betroffenen, die dann auf Schutz angewiesen sind - sie gelten aber auch unserer
 44 pluralistischen Gesellschaft als Ganzes. Dort, wo Benachteiligung strukturell
 45 ist, muss Politik handeln.

- 46 • Eine unabhängige Stelle für Anti-Diskriminierung mit dem Schwerpunkt
 47 Rassismus soll Hilfe bei Rechtsfragen und Beratung nach dem
 48 Gleichbehandlungsgesetz leisten, an die richtigen Stellen vermitteln,
 49 aktive Öffentlichkeitsarbeit betreiben, Lösungen bei systemischer
 50 Diskriminierung ersuchen und wissenschaftliche Untersuchungen zu
 51 diskriminierten Gruppen in Düsseldorf betreiben.
- 52 • Genauso müssen wir für Verleumdungsnetzwerke sensibilisieren und ihnen
 53 entgegenwirken. (Verweise auf Kapitel Integration und gegen Rechts)

54 Frauen und Gleichstellung

55 Auch im Jahr 2020 bestehen Benachteiligungen von Frauen fort: noch immer
 56 verdienen Frauen im Durchschnitt weniger als Männer, noch immer sind sie in
 57 vielen Berufen und Karriereebenen deutlich unterrepräsentiert. Noch immer sind
 58 es vor allem Frauen, die „Sorgearbeit“ beispielsweise in der Pflege und der
 59 Erziehung leisten und die als Alleinerziehende für ihre Kinder Verantwortung
 60 übernehmen. Frauen sind häufiger von Armut, von häuslicher Gewalt und
 61 Übergriffen in der Öffentlichkeit betroffen.

62 Feminismus muss nach wie vor sein. Vor allem jetzt, wo rechtspopulistische
 63 Kräfte die Errungenschaften der Emanzipation zurückdrehen wollen und versuchen,
 64 antifeministische Diskurse für ihre rassistischen Zwecke zu instrumentalisieren.

65 Heute haben wir in Düsseldorf ein lebendiges frauenpolitisches Leben - auch und
 66 insbesondere wegen der vielfältigen Arbeit des Gleichstellungsbüros. Im Stadtrat
 67 haben wir GRÜNE uns unter anderem für eine geschlechtergerechte und eine
 68 geschlechtersensible pädagogische Betreuung von Anfang an eingesetzt. Das gilt
 69 für die Kita ebenso wie für außerschulische Angebote im Nachmittagsbereich. Den
 70 Mädchentreff Leyla unterstützen wir genauso wie spezielle Arbeit an der
 71 Schnittstelle Mädchen und Inklusion. Neben der Förderung im Sport, z. B. beim
 72 Mädchenfußball, ist es uns gelungen, eine Mädchenzuflucht in Düsseldorf zu
 73 realisieren, welche Mädchen und jungen Frauen zwischen 14 und 21 Jahren, die von
 74 Gewalt betroffen oder bedroht sind, Schutz bietet.

- 75 • Gleichheit fängt beim Geld an: das höchste Recht der kommunalen
 76 Selbstverwaltung ist das Haushaltsrecht. Doch wir wissen heute gar nicht,
 77 welche Mittel welchem Geschlecht zugute kommt. Deshalb braucht es ein
 78 kommunales Gender-Budgeting, damit Finanzen geschlechtergerecht geplant
 79 werden können.
- 80 • Düsseldorf braucht einen Gleichstellungsmonitor, der Daten und Zahlen zu
 81 Themen, die Frauen, Mädchen und LSBTTIQ* in Besonderem betreffen, erfasst

82 und Diskriminierung und Fortschritte in der Gleichstellung so regelmäßig
83 festhält.

- 84 • Frauen und LSBTTIQ* mit Migrationshintergrund haben häufig besondere
85 Bedarfe, wenn es um Schutz, Teilhabe oder Antidiskriminierung geht. Ihre
86 Perspektiven müssen verstärkt einbezogen werden!
- 87 • Der internationale Mädchentag soll im Kalender der Stadt mehr
88 Aufmerksamkeit erfahren und jährlich mit einem Fest von
89 Gleichstellungsbüro und Jugendamt gefeiert werden.
- 90 • Bestehende Städtepartnerschaften sind wie dafür gemacht, mehr aus der
91 Perspektive von Frauen- und Gleichstellungspolitik bespielt zu werden. Der
92 Feminismus kann noch internationaler werden!
- 93 • Das Gleichstellungsbüro sollte personell um eine Stelle für Konzeption
94 aufgestockt werden.
- 95 • Es sollen vom Gleichstellungsbüro Kriterien geschaffen werden, die in
96 Entscheidungen zur regionalen Wirtschaftsförderung zu berücksichtigen
97 sind. Unternehmen müssen selbstverständlich ihren gesellschaftlichen
98 Auftrag wahrnehmen und ein diskriminierungsfreies und inklusives
99 Arbeitsumfeld schaffen.

100 Häusliche Gewalt – Frauen nicht allein lassen, Schutz verbessern

101 Häusliche Gewalt betrifft nach wie vor allem Frauen und LSBTTIQ*. Dagegen
102 anzugehen bedarf des Engagements aller Ebenen. Gerade vor Ort kann Politik viel
103 tun, um Betroffenen zu helfen. Die Istanbul-Konvention muss auf die kommunale
104 Ebene runtergebrochen werden und nächste Schritte im Schutz vor Gewalt müssen im
105 Rahmen eines Aktionsplanes definiert werden.

- 106 • Es braucht eine Anlaufstelle für psychosoziale Hilfen,
- 107 • eine Clearing-Stelle, die das Notfallmanagement bei akuten Fällen
108 übernimmt und
- 109 • dauerhaft verfügbare Übersetzer*innen, die nicht-deutschsprachigen Frauen
110 im Krisenfall bei der Inanspruchnahme von kommunalen Hilfsangeboten
111 helfen.
- 112 • Die Kapazitäten für Frauenhäuser müssen weiter ausgebaut werden und die
113 Stadt muss helfen, anonymen Wohnraum für von Gewalt betroffene Frauen zu
114 finden. Es darf nicht sein, dass in Düsseldorf hilfeschuchende Frauen und
115 LSBTTIQ* aus Kapazitätsgründen zurückgewiesen werden.
- 116 • Das Bundesweite „Hilfe-Telefon Gewalt gegen Frauen“, das entsprechende
117 Chat-Angebot und die mehrsprachigen Angebote des Hilfe-Telefons müssen bei
118 Düsseldorfer Frauen noch bekannter gemacht werden.

119 Die Stadtverwaltung, die städtischen Töchter und Beteiligungen sollten bei der
120 Frage von Gleichstellung und Vielfalt mit gutem Beispiel voran gehen und bei
121 Stellenbesetzungen noch mehr als bisher auf eine paritätische und diverse
122 Besetzung in allen Ebenen achten. Um zu sehen, welche Entwicklungen es gibt,

123 wollen wir die Verwaltung verpflichten, jährlich einen Bericht zu
124 veröffentlichen, aus dem ersichtlich ist, wie die Verwaltung personell im Bezug
125 auf Diversität und Gleichstellung ausgestattet ist und eingestellt hat.
126 Städtische Tochtergesellschaften sollen in diese Aufstellung mit einbezogen
127 werden. Außerdem fordern wir eine Vereinbarkeitsoffensive, damit Menschen mit
128 Kindern und vor allem Frauen* in der Stadtverwaltung bessere Karrierechancen
129 haben. (Verweis. „Düsseldorf gut regiert“)

130 Queer Leben in Düsseldorf

131 Gerade in der Antidiskriminierungsarbeit für Lesben, Schwule, Bisexuelle,
132 trans*, inter* und Queer-Personen hat sich in Düsseldorf seit der letzten Wahl
133 viel getan. Seit 2018 hat die Stadt eine Diversity-Beauftragte, die eine klare
134 Ansprechperson für die Bürger*innen unserer Stadt ist. Bei zahlreichen
135 Veranstaltungen geht es um Sichtbarkeit und Sensibilisierung – mit Erfolg. Für
136 zusätzliche Antidiskriminierungsarbeit steht auch das von uns mitgeförderte
137 Projekt „SchLau macht Vielfalt“ Düsseldorf, welches in Schulen gegen Vorurteile
138 und Mobbing in diesem Bereich angeht. Beim queeren Jugendzentrum PULS haben
139 Heranwachsende die Möglichkeit eines pädagogischen Nachmittagsangebots und mit
140 der Trans*Beratungsstelle eine Anlaufstelle zum Austausch, zur Beratung und
141 Unterstützung. Diese Unterstützung von trans*- und inter*-Personen werden wir
142 weiter festigen und vor allem die Beratungssituation der Familien verbessern.

143 Wir wollen den bestehenden Beratungsangeboten ermöglichen, langfristiger zu
144 planen und sich weiter zu professionalisieren. Dazu braucht es eine finanzielle
145 Basis, die nicht nach Kassenlage von Jahr zu Jahr neu entschieden wird. Neuen
146 Angeboten stehen wir offen gegenüber und wollen es Initiativen erleichtern, in
147 Düsseldorf ihre wertvolle Arbeit zu machen. Wir werden einen Aktionsplan
148 auflegen, der allen Maßnahmen im LSBTTIQ*-Bereich einen konzeptionellen Rahmen
149 gibt, Lücken identifiziert und einen Fahrplan zur Umsetzung weiterer Angebote
150 definiert.

151 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs)

- 152 • 4 Hochwertige Bildung
- 153 • 5 Geschlechtergerechtigkeit
- 154 • 10 Weniger Ungleichheiten
- 155 • 16 Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen